

26.03.2006

[▶ tagesschau.de ▶ Ausland ▶ Afghanistan]

Ausland

Kommentar

Kritiker schießen übers Ziel hinaus*Von Christoph Heinze, ARD-Hörfunkstudio Südasiens*

Deutsche Politiker fordern den Rechtsstaat in Afghanistan. So laut und so zahlreich wie nie. Doch im Eifer des Medien-Gefechts vergriff sich so mancher im Ton und schoss weit übers Ziel hinaus. Einige feurige Appelle forderten die Regierung in Kabul zum Eingreifen in das Verfahren auf und drohten mit Konsequenzen. Sie wollen am liebsten deutsche Hilfe vom Ausgang des Gerichtsverfahren abhängig machen. Einige der Kritiker verlangen damit nicht weniger als unrechtmäßige politische Einflussnahme auf die Justiz. Genau das also, was es in einem ordentlichen Rechtsstaat mit Gewaltenteilung nicht geben sollte.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Natürlich ist es Besorgnis erregend, wenn ein Mann in Afghanistan vor Gericht steht, weil er vom Islam zum Christentum konvertierte. Natürlich kann und muss man auf die international gültigen Menschenrechte pochen, zu denen sich ja auch Afghanistan bekannt hat. Aber eine ausländische Regierung zum sofortigen Eingreifen in ein gerade erst begonnenes Gerichtsverfahren aufzufordern, geht zu weit.

Kein Grund zur Eile

Zumal Eile gar nicht geboten ist. Abdul Rahman ist von einem rechtskräftigen Urteil weit entfernt. Wenn es denn überhaupt dazu kommen sollte. Denn noch ist nicht klar, ob Rahman nicht für unzurechnungsfähig erklärt wird. Und selbst wenn es ein Todesurteil in erster Instanz gäbe, stünden noch zwei höhere Gerichte für eine Berufung offen. Erst dann hätte der Präsident das Wort, könnte eine Hinrichtung verhindern. Viel Zeit und viel Gelegenheit für massiven Protest.

Verfrühte und allzu heftige Reaktionen schaden den Liberalen, den Reformern in Afghanistan und spielen den immer noch mächtigen Konservativen in die Hände. Und das könnte Wege hin zu einer dringend notwendigen Justizreform verbauen. Denn zweifelsohne ist das afghanische Rechtssystem auch viereinhalb Jahre nach dem Ende des Taliban-Regimes in einem erbärmlichem Zustand.

Mangelnde westliche Unterstützung für die Reformer

Die internationale Gemeinschaft sollte aber nicht vergessen, dass sie daran Mitschuld trägt. Die Regierung, das Parlament, Armee und Polizei waren ihr seit 2001 erheblich wichtiger als das spröde Thema Justiz. Italien als Leitnation für die Justizreform hat kaum etwas bewirkt. Präsident Karsai wurde bei seinen zaghafte Versuchen, die mächtigen Konservativen zurückzudrängen, nicht entschieden unterstützt. Und im großen Jubel, in der Selbstzufriedenheit über die neue Verfassung von 2004 verdrängten viele westliche Regierungen gerne die Schwächen des Kompromiss-Papiers. Damals waren Proteste nicht zu hören. Ebenso wenig nach vielen konservativen und harschen Urteilen in den vergangenen Jahren, die erhebliche Zweifel an der Justiz wecken konnten. Afghanistan ist keine funktionierende Demokratie, kein funktionierender Rechtsstaat, sondern immer noch auf dem langen Weg dorthin.

Der Fall Rahman kam nicht wirklich überraschend, auch wenn er bislang

Mehr Ausland

▶ Weißrussische Opposition gibt Kampf nicht auf

▶ Ukraine vor der Wahl: Denktettel für Juschtschenko?

▶ Der Osten der Ukraine tickt anders

▶ Los Angeles: Großdemo gegen Einwanderungsgesetz

▶ Russland informierte angeblich Saddam-Regime

einmalig ist in Afghanistan. Der Konflikt zwischen Konservativen und Liberalen, zwischen islamistischen Hardlinern und moderaten Reformern ist dort alltäglich. Darin sollte gerade der Westen mit Bedacht Stellung beziehen. Mit allzu groben Äußerungen könnte man leicht den Falschen schaden und die Reformer schwächen.

Stand: 22.03.2006 19:08 Uhr

tagesschau.de ist für den Inhalt externer Links nicht verantwortlich.

26.03.2006

[tagesschau.de ► Ausland ► Afghanistan]

Ausland

Afghanische Regierung berät über Konvertierten

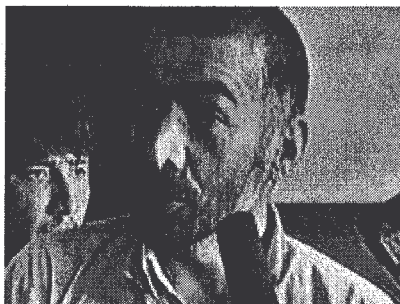
Wer ist Abdul Rahman?

In Kabul berät die Regierung über das Schicksal des zum Christentum konvertierten Abdul Rahman. Papst Benedikt XVI. hat in einem Schreiben an Präsident Karsai um die Begnadigung des Mannes gebeten. Rahman selbst sitzt im Gefängnis, ohne Anwalt und mittlerweile abgeschirmt von der Öffentlichkeit. Vor Gericht präsentierte sich der vom Todesurteil Bedrohte als tief religiöser Mensch.

Von Christoph Heinzle, ARD-Hörfunkstudio Neu Delhi

Mit Stoppelbart und kurz geschorenen Haaren erschien Abdul Rahman zu seinem ersten Gerichtstermin Mitte März in einem schlichten, weißen Hemd. Ein Freund beschreibt ihn als armen, einfachen Arbeiter. Der Prozess um Rahman bewegt die westliche Öffentlichkeit, doch der Mann im Mittelpunkt des Verfahrens bleibt weitgehend im Dunkeln.

Die afghanische Justiz hat Journalisten den Zugang zum inhaftierten Abdul Rahman verweigert. Er hat keinen Anwalt. Die Familie schweigt inzwischen. So ist es nicht viel, was man über den 40-Jährigen weiß, das meiste aus zweiter und dritter Hand. Während der Herrschaft der Kommunisten in Afghanistan arbeitete Rahman angeblich beim staatlichen Rundfunk. Dann floh er vor dem Bürgerkrieg nach Pakistan. Dort soll Rahman in afghanischen Flüchtlingslagern in Peschawar für eine internationale, christliche Hilfsorganisation tätig gewesen sein. Für welche, ist nicht bekannt. In Pakistan ist der afghanische Moslem dann vor 15, 16 Jahren zum Christentum übergetreten.



Rahman gibt am Rande des Prozesses ein Interview

Rahman ist ein tief religiöser Mensch

Dazu steht er auch heute noch, wie Abdul Rahman vor Gericht erklärte: "Ich habe mich ganz Gott übergeben. Was ist der Unterschied zwischen Gott und Allah? Wo ist die Wurzel? Ich glaube an Jesus Christus. Ich glaube an Gott. Ich bin Christ." Abdul Rahman antwortete mit hörbarer Erregung. Richter und Ankläger schlugen vor, Rahman solle sich wieder zum muslimischen Glauben bekennen, um einer möglichen Todesstrafe zu entgehen. Doch Rahman lehnte wiederholt energisch ab. Als einer, der vom Glauben abgefallen ist, wollte er sich nicht sehen: "Ja, ich akzeptiere, gehängt zu werden. Aber ich bin kein Ungläubiger, kein Abtrünniger, ich bin ein Jünger Jesu."

Rahmans Frau ließ sich scheiden, als er Christ wurde

Seine eigene Familie hatte Abdul Rahman im Februar angezeigt. Offenbar in der Folge eines Streits um das Sorgerecht für seine beiden Töchter, die bei den Großeltern in Kabul leben. Rahmans Frau habe sich wegen dessen Übertritt zum Christentum vor vielen Jahren scheiden lassen, berichtete ein Freund. Die Familie soll sich gegen Missionierungsversuche Rahmans gewehrt haben.

Audio

- ▶ Porträt von Abdul Rahman - 25.03.06
[Christoph Heinzle, ARD-Hörfunkstudio Neu Delhi]

Mehr zum Thema

- ▶ Keine Abschiebung bei Übertritt zum Christentum?
- ▶ Rahman soll "wahrscheinlich bald" freigelassen werden

Hintergründe

- ▶ Fall Rahman: Kaum Reformen in Afghanistans Justiz

Mehr Ausland

- ▶ Minsk: Opposition verzichtet auf neue Demos
- ▶ Los Angeles: Großdemo gegen Einwanderungsgesetz
- ▶ Ukraine vor der Wahl: Denkmäler für Juschtschenko?
- ▶ Russland informierte angeblich Saddam-Regime
- ▶ Papst Benedikt XVI. feiert Messe mit neuen Kardinälen

Neun Jahre hat Abdul Rahman nach Angaben seines Vaters und des Gerichts dort gelebt, wo sein Fall jetzt die meiste öffentliche Aufmerksamkeit erregt: in Deutschland. Wo in Deutschland, ist nicht bekannt. Nach Ende des Talibanregimes kehrte der Afghane dann nach Kabul zurück.

Gutachten soll Zurechnungsfähigkeit klären

Ein Gutachten soll jetzt klären, ob Abdul Rahman zurechnungsfähig ist. Einige Beobachter beschrieben ihn als verwirrt. Die Staatsanwaltschaft hält ihn für möglicherweise nicht normal. Dann müsste der Prozess eingestellt werden. Ein mögliches und nicht unwahrscheinliches Ende. Sollte Rahman zum Tod verurteilt werden, hätte Präsident Karsai das letzte Wort. Und der soll bereits zugesichert haben, er werde eine Hinrichtung verhindern.

► Keine Abschiebung bei Übertritt zum Christentum?

► Fall Rahman: Kaum Reformen in Afghanistans Justiz

🔊 Porträt von Abdul Rahman [C. Heinze, ARD Neu Delhi]

Stand: 26.03.2006 07:09 Uhr

tagesschau.de ist für den Inhalt externer Links nicht verantwortlich.
